

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

Atomare Aufrüstung verhindern – New START-Vertrag erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der New START-Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen und Trägersysteme zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland läuft im Jahr 2021 aus, sieht jedoch die Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung um fünf Jahre vor. Das Abkommen aus dem Jahr 2011 verpflichtet den Angaben zufolge die USA und Russland, bis Februar 2018 die Zahl der stationierten, strategischen nuklearen Gefechtsköpfe auf je 1.550 und die der Trägersysteme auf maximal je 800 zu reduzieren, darunter je 100 als strategische Reserve. Als Träger sind ballistische Interkontinentalraketen mit Reichweiten über 5.500 Kilometer, U-Bootgestützte Raketen sowie strategische Bomber definiert. Der Vertrag sieht jeweils bis zu 18 Überprüfungsbesuche im Jahr sowie einen regelmäßigen Datenaustausch vor. Nach Aussage der Vertragspartner werden gegenseitige Kontrollen vereinbarungsgemäß und erfolgreich durchgeführt. Beide Vertragsstaaten haben zum Stichtag am 5. Februar 2018 die vertraglich festgelegten Obergrenzen eingehalten.

Deutschland hat ein großes sicherheitspolitisches Interesse an der Verlängerung des New START-Vertrages. Zum einen begrenzt der New START-Vertrag die Zahl einsatzbereiter strategischer Nuklearwaffen, zum anderen schafft er durch sein gut funktionierendes Überprüfungs-system ein hohes Maß an Transparenz und Sicherheit. Insbesondere die durch das bewährte Überprüfungs-system geschaffene Transparenz über strategische Nuklearwaffenarsenale bleibt unverzichtbar. Das drohende Auslaufen des Vertrags - des letzten noch existierenden Rüstungsbegrenzungsvertrags im Bereich der Nuklearwaffen zwischen Russland und den USA - wäre eine ernste Gefährdung des Friedens in der Welt. Eine neue Runde atomarer Aufrüstung wäre die unmittelbare Folge.

Nachdem Russland seit längerem Verhandlungen anmahnen, wollen Russland und die USA endlich bei Gesprächen auf Ebene der Außenministerien in Wien am 22. Juni über eine mögliche neue atomare Abrüstungsvereinbarung sprechen. China wurde von den USA zum Gespräch mit eingeladen, obwohl es nicht Teil des New START -Vertrages ist. Dagegen wurden die zwei anderen „offiziellen“

Atomwaffenstaaten, anerkannt durch den Atomwaffensperrvertrag (NPT), Frankreich und Großbritannien, nicht eingeladen.

Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie sich sowohl gegenüber den USA als auch Russland dafür eingesetzt hat, baldmöglichst konkrete Gespräche über eine Verlängerung von New START und Überlegungen zu einem Folgevertrag aufzunehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich gegenüber den USA dafür einzusetzen, die Gespräche mit Russland zur Verlängerung des New START-Vertrags ohne Bedingungen bezüglich der Einbeziehung Dritter zu führen;
2. ab dem 1. Juli 2020 die für sechs Monate innehabende Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU) zu nutzen, sich aktiver für Abrüstung und den Erhalt der Rüstungskontrolle einschließlich des New START-Vertrages einzusetzen;
3. sich im Rahmen der OSZE dafür einzutreten, dass die USA und Russland die Corona-bedingt ausgefallene März-Sitzung des Konsultationsgremiums des Vertrags, der Bilateralen Beratungskommission (Bilateral Consultative Commission – BCC), umgehend einberufen;
4. unverzüglich eine diplomatische und politische Initiative zu starten, um - gemeinsam mit anderen europäischen Staaten und in allen möglichen internationalen Gremien - die Gespräche mit angemessener Öffentlichkeit im Sinne einer Vertragsverlängerung zu begleiten;
5. mit Verweis auch auf die unverantwortlichen Maßgaben der Trump-Administration für einen möglichen Einsatz der taktischen US-Atomwaffen, die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik aufzukündigen, und die USA aufzufordern, ihre taktischen Atomwaffen aus Deutschland unverzüglich abzuziehen.

Berlin, den 16. Juni 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.